



15. Oktober 2019

## Arbeit im Landtag

### #FriedlicheRevolution

Liebe Leserinnen und Leser,

dieser Plenarmittwoch stand ganz „im Zeichen des Montags“.

Vor genau 30 Jahren begannen die Bürgerinnen und Bürger der DDR gegen das SED-Regime zu demonstrieren — ein bedeutendes Schlüsselereignis im Rahmen der Friedlichen Revolution. Woche für Woche versammelten sich immer mehr Menschen jeden Montag unter anderem auf dem Leipziger Nikolaikirchhof, um für ihre Freiheit und Demokratie zu kämpfen.

Über 70.000 Menschen ließen sich nicht von der bewaffneten Staatsmacht beeindrucken. Trotz großer Angst versammelten sie sich am 9. Oktober 1989 in Leipzig, um für ein freies Leben zu demonstrieren. Trotz großer Angst, mit noch viel größerem Mut.

Der 9. Oktober ist zweifelsohne ein Schlüsseldatum in der deutschen und europäischen Geschichte. An diesem Tag zeigte sich, dass das SED-Regime seinem Ende entgegengehen musste. Der Fall der Berliner Mauer war die logische Konsequenz.

Das alles, insbesondere auch die Folgen, sind wesentliche Teile unserer Geschichte. Damit diese Geschichte präsent bleibt, müssen wir die Erinnerung an den Mut der Menschen hochhalten, denen wir die Friedliche Revolution zu verdanken haben.

**Deshalb fordern wir die Landesregierung mit unserem Plenarantrag dazu auf,** dem historisch-politischen Unterricht in den Lehrplänen unserer Schulen mehr Raum zu geben. Wir brauchen dafür dringend innovative pädagogische Konzepte und Vermittlungsstrategien. Denn noch immer gibt es zu große Wissensdefizite über die Wesensmerkmale von Diktatur und Demokratien. Dieses Wissen ist aber entscheidend, um zu erkennen, dass Grundrechte keine Selbstverständlichkeit sind, sondern immer neu verteidigt werden müssen.



## Aktuelle Stunde: Studentisches Wohnen wird immer teurer

Wohnen wird für die Studierenden in Nordrhein-Westfalen zum Start des Wintersemesters 2019/20 erneut teurer. Ein ohnehin dramatischer Trend setzt sich kontinuierlich fort. Das Wohnungsangebot hält mit den wachsenden Studierendenzahlen nicht Schritt. In keinem anderen Bundesland sind mehr Studierende an einer Hochschule eingeschrieben als in NRW – im Wintersemester des vergangenen Jahres waren es mehr als 770.000. Die Lage am studentischen Wohnungsmarkt spitzt sich dadurch immer weiter zu. So kommen zum Beispiel in Düsseldorf auf 57.000 Studierende nur 4.300 Wohnheimplätze. Vor dem Hintergrund dieser dramatischen Zahlen muss die Mitte-Rechts-Koalition vor dem Landtag in NRW darlegen, wie sie diesen Umstand wahrnehmen und die Situation schnellstmöglich verbessern will.



Urheber: www.pixabay.com / mastersenaiper

### Drucksache 17/7585

## Klimastarke Wälder durch nachhaltige Wiederbewaldung

Klimawandel kann vieles bedeuten: Dürre, Hitze, Waldbrände, Stürme und aktuell auch eine „Borkenkäfer-Plage“. Das Schlagwort „Waldsterben 2.0“ bündelt die diversen Bedrohungen durch den Klimawandel. Wälder sind für unser Leben allerdings unverzichtbar. Ein nachhaltiger Waldumbau ist daher unausweichlich, denn nur so können Wälder auch zukünftigen Folgen des Klimawandels standhalten, und ein Ort biologischer Vielfalt, Grundwasser- und Sauerstofflieferant sein. Die Wälder sind unverzichtbar für den Klimaschutz, aber auch für Arbeit und Beschäftigung sowie die Freizeitgestaltung der Bevölkerung. In unserem Antrag zeigen wir wichtige Überlegungen auf, die für eine erfolgreiche Wiederbewaldung berücksichtigt werden sollten. Wir fordern die schwarz-gelbe Regierung zu konkreten Maßnahmen auf, mit denen die Wälder in unserem Land nachhaltig bewirtschaftet werden können.



Urheber: www.pixabay.com / Tascalò

### Drucksache 17/7542

## Klimaschutz geht nur gerecht

Das Klimapakett der Bundesregierung ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Mit einem Volumen von über 50 Mrd. Euro kann es einen wichtigen Beitrag für klimafreundliche Investitionen leisten und zugleich bedeutende Konjunkturstütze sein. Um dauerhafte Akzeptanz für einen effektiven Klimaschutz zu schaffen, muss es jetzt vor allem darum gehen, die Klimawende sozial gerecht zu gestalten. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass das Aufkommen aus der CO<sub>2</sub>-Bepreisung möglichst vollständig an die Haushalte zurückerstattet wird! Eine Klimaprämie – wie sie die Bundesumweltministerin bereits im Juli dieses Jahres vorgestellt hat – wäre dazu aus unserer Sicht ein deutlich gerechterer Weg.

Hierzu waren CDU und CSU auf Bundesebene aber leider nicht bereit. Auch die Landesregierung ist gemessen an ihren Taten bislang vor allem als Bremser eines sozial ausgewogenen und wirksamen Klimaschutzes aufgetreten. Deshalb fordern wir sie mit unserem Entschließungsantrag u.a. dazu auf, sich auf Bundesebene für die Einführung einer gerechten Pro-Kopf-Klimaprämie einzusetzen und darauf zu drängen, dass CO<sub>2</sub>-bedingte Mehrkosten insbesondere für Mieterinnen und Mieter kompensiert werden.



Urheber: SPD-Landtagsfraktion

### Drucksache 17/7606

## Die Zeit drängt: Runder Tisch gegen Lehrermangel für Bildungsgerechtigkeit!

Dass die Bewältigung des Lehrkräftemangels eine „Herkulesaufgabe“ ist, lässt sich nicht bestreiten. Damit wird aber auch immer deutlicher, dass diese Aufgabe nur gemeinsam, und zwar mit allen Akteuren aus dem Schul- und Bildungswesen sowie den Fraktionen, Lehrgewerkschaften, Bildungswissenschaftlern, Landesschüler- und Landeselternschaft, zu bewältigen ist. Die aktuelle Studie der Bertelsmann Stiftung zeigt, dass die Versorgungslage an unseren Schulen dramatischer ist, als bisher angenommen wurde. Allein an den Grundschulen fehlen bis 2025 über 26.000 Lehrkräfte. Von Seiten der Landesregierung müssen Lösungsmöglichkeiten und Maßnahmen vorgestellt werden. Wir haben unseren Antrag hierzu am Donnerstag eingebracht.



Urheber: www.pixabay.com / geralt

**[Drucksache 17/7541](#)**

## Verbände ernst nehmen: Vertretung für ehrenamtliche Richter

Für Berufsrichterinnen und -richter gibt es gesetzlich abgesicherte Richterräte. Das ist gut so. Für die rund 24.000 ehrenamtlichen Richterinnen und Richter gibt es diese jedoch nur in der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit. Eine Initiative des Landesverbandes der Schöffen NRW strebt an, dass ehrenamtliche Richterinnen und Richter an den Gerichten ebenfalls eigenständige Vertretungen ihrer Interessen haben. Wir nehmen das Anliegen ernst. Schwarz-Gelb sieht dafür aber keine Notwendigkeit. Mit unserem Gesetzentwurf wollen wir die Schöffen, Handelsrichter und die ehrenamtlichen Richter in der Verwaltungs- und Finanzgerichtsbarkeit sowie in Landwirtschaftssachen bei der Einrichtung einer Vertretung unterstützen.



Urheber: www.pixabay.com / AJEL

**[Drucksache 17/7539](#)**

## Behördengänge digitalisieren: XignSys besucht den Landtag

Behördengänge zukünftig ortsungebunden erledigen — so die Idee von XignSys, einem Gelsenkirchener Start-up-Unternehmen, aus der Westfälischen Hochschule heraus gegründet und inzwischen ansässig im Kreativquartier Gelsenkirchen-Ückendorf.

Mithilfe der eigens entwickelten App „XignQR“ soll das eigene Smartphone zur Bürger-ID werden, mit welcher sich Bürger online authentifizieren können. Ob der Angelschein, oder der Parkausweis, zukünftig soll der Gang zum Bürgercenter hierfür nicht mehr notwendig sein. Ein vielversprechender Ansatz, der viele Kosten und viel Zeit einsparen könnte.

Die Entscheidung, seinen Firmensitz nach Gelsenkirchen zu legen, ist übrigens kein Zufall. Hier könne man den Kiez noch aktiv mitgestalten, die Digitale Modellstadt Gelsenkirchen böte hervorragende Voraussetzungen für das Vorhaben, so Markus Hertlein, Geschäftsführer des Unternehmens.

Danke für den Besuch und die interessanten Gespräche im Landtag!



Urheber: Eigene Aufnahme

Wahlkreisarbeit

Fraktion vor Ort:

NRW  
DIE FRAKTION

SPD

# Was wird aus den Straßenausbaubeiträgen?

**Stefan Kämmerling MdL**

kommunalpolitischer Sprecher erläutert den Sachstand

**Am Montag 4. November 2019  
um 19 Uhr im Erich-Kästner-Haus  
Frankampstraße 43  
45891 Gelsenkirchen**

V.i.S.d.P.: Heike Gebhard MdL und Sebastian Watermeier MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf**Rund 500.000 Menschen in NRW unterstützen die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge**

Die SPD-Landtagsfraktion hat bereits 2018 einen entsprechenden Gesetzentwurf eingebracht. Anstatt diesem zuzustimmen, hat Schwarz-Gelb einen eigenen Gesetzentwurf vorgelegt. Mehr Fragen als Lösungen, mehr Bürokratie anstatt Entbürokratisierung, so lässt sich der Gesetzentwurf der Landesregierung zusammenfassen.

Es muss Expertise her: Wir freuen uns daher Stefan Kämmerling MdL, den kommunalpolitischen Sprecher der SPD-Fraktion, in Gelsenkirchen begrüßen zu dürfen, um mit Euch und Ihnen über dieses Thema zu sprechen!

**Austausch mit der Regierungspräsidentin**

Urheber: Büro der Regierungspräsidentin

Ein Austausch mit Frau Feller, der Regierungspräsidentin des Regierungsbezirks Münster ist mittlerweile Tradition. Die SPD-Kolleginnen und -kollegen aus der Bundes- sowie Landesebene treffen sich regelmäßig mit ihr. Ende September war es wieder soweit: Beim Gespräch wurden zahlreiche Themen, etwa die zukünftige wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeit der Emscher-Lippe-Region, angesprochen, denn wir sind fest davon überzeugt, dass die Emscher-Lippe-Region eine große Strahlkraft für die Metropole besitzt - 40% der Wertschöpfung des Regierungsbezirks Münster entstehen hier.

## Heike Gebhard gibt das Startsignal zum 12. Brustkrebslauf

Seit Jahren macht die Revierinitiative auf Brustkrebserkrankungen aufmerksam.

Beim traditionellen Brustkrebslauf drückten über 700 Läuferinnen und Läufer ihre Solidarität mit den erkrankten Frauen aus und leisteten darüber hinaus einen wichtigen finanziellen Beitrag zur ganzheitlichen Behandlung und Unterstützung von an Brustkrebs erkrankten Frauen.

Bevor Heike Gebhard die Teilnehmenden des 12. Brustkrebslaufs an der Gesamtschule Berger Feld auf die Lauf- oder Nordic-Walking-Strecke um den Berger See schickte, richtete sie in ihrem Grußwort dankende Worte an alle Helferinnen und Helfer.



Urheber: privat

Mehr Informationen zur Revierinitiative gibt es [hier](#).

## Polizei in NRW bekommt neue Dienstfahrzeuge



Urheber: Daniel Schlieffe

Bis zum Jahr 2021 werden landesweit rund 2.200 neue Streifenwagen angeschafft. Die örtlichen Polizeibehörden haben dabei die Wahl zwischen zwei Modellen, dem Mercedes Vito (links) und dem Ford S-Max (rechts).

Am Rande der vergangenen Plenarsitzung hatten die Landtagsabgeordneten die Möglichkeit, in den beiden Modellen Platz zu nehmen. Heike Gebhard zeigte sich beeindruckt vom üppigen und intelligent organisierten Stauraum für Ausrüstung: „Sowohl im ländlichen Raum, als auch im Stadtgebiet sind die neuen Fahrzeuge für verschiedenste Polizeieinsätze ausgestattet.“

Heike  
Gebhard



V.i.S.d.P.: Heike Gebhard und Sebastian Watermeier

SPD-Landtagsfraktion NRW, Platz des Landtags 1, 40211 Düsseldorf



Sebastian  
Watermeier